



Nr. 345 | 15.04.2025

Polen-Analysen

Die polnische Migrationspolitik

■ ANALYSE	
Die polnische Migrationspolitik am Scheideweg	2
Mateusz Krępa, Marta Jaroszewicz,	
Forschungsstelle Migration der Universität Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Kontrolle wiedergewinnen, Sicherheit garantieren.	
Die Migrationsstrategie der Regierung	7
■ STATISTIK	
Anträge auf Internationalen Schutz in Polen	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
1. – 14. April 2025	13

Die polnische Migrationspolitik am Scheideweg

Mateusz Krępa, Marta Jaroszewicz, Forschungsstelle Migration der Universität Warschau

DOI: 10.31205/PA.345.01

Zusammenfassung

Trotz wesentlicher Veränderungen in der polnischen Politik nach der Berufung der neuen Regierung im Dezember 2023, weist die Migrationspolitik eher Kontinuitäten als revolutionäre Änderungen auf. Das Migrationsmanagement folgt in vielen EU-Mitgliedsstaaten zurzeit der Logik der »Festung Europa«, und Polen ist hier keine Ausnahme. Die lang erwartete Migrationsstrategie der neuen Regierung, die im Oktober 2024, ein Jahr nach den Sejmwahlen, veröffentlicht wurde, unternimmt Schritte in Richtung eines stärkeren Zusammenspiels von Migrations- und Integrationspolitik. Gleichzeitig nimmt sie aber eine sicherheitsorientierte Haltung in der Flüchtlingsfrage ein und schlägt eine deutliche Verschärfung der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für Ausländer vor.

»Kontrolle wiedergewinnen, Sicherheit garantieren«

Ministerpräsident Donald Tusk unterstrich im April 2024 auf einer Pressekonferenz, dass er den Schutz des Territoriums und seiner Grenzen immer als »Hauptaufgabe der europäischen Institutionen und der Nationalstaaten« betrachtet hat. Ein halbes Jahr später, im Oktober 2024, verkündete er eine Migrationsstrategie unter dem Titel »Kontrolle wiedergewinnen, Sicherheit garantieren« (siehe Rubrik »Dokumentation«). Das Dokument konzentriert sich v. a. auf Fragen der Sicherheit und Kontrolle, was bereits im Pressestatement im April deutlich geworden war. Die Migrationsstrategie legt einen Schwerpunkt auf die Überprüfung der Einreise von Ausländern nach Polen, die Verschärfung der Visapolitik, die Beschränkung der Erwerbsmigration sowie die Einführung einer aktiven Integrationspolitik. Der kontroverseste Teil der Strategie betrifft die Möglichkeit der vorläufigen und territorial begrenzten Aussetzung des Rechtes auf Asyl, wenn große Gefahren für die Sicherheit bestehen. Am 27. März 2025 trat die Verordnung zur Aussetzung des Asylrechtes für die Dauer von 60 Tagen an der Grenze zu Belarus in Kraft.

Die vom Sicherheitsgedanken geleitete Wende in der Migrationspolitik war ein zentraler Punkt in den kritischen Reaktionen von Experten und Nichtregierungsorganisationen. Die Forschungsstelle Migration der Universität Warschau (Ośrodek Badań nad Migracjami Uniwersytetu Warszawskiego), an der die Verfasser dieser Analyse tätig sind, veröffentlichte eine offizielle Stellungnahme in dieser Angelegenheit. Die Forschenden, die die Erklärung unterzeichnet haben, weisen darauf hin, dass die potentiellen Vorteile von Migration nicht berücksichtigt, empirische Daten nicht einbezogen und die polnische Gesellschaft als homogen dargestellt wurde. Weiter kritisieren sie, dass vor Ver-

abschiedung der Migrationsstrategie keine gesellschaftlichen Konsultationen stattgefunden haben.

Ministerpräsident Tusk bemühte sich die Kritiker zu überzeugen, dass er im Vergleich zur national-konservativen Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eine wesentliche Veränderung in der Migrationspolitik anbietet. In einem Interview für die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* gleich nach Verkündung der Strategie wandte er sich gegen die – wie er sagte – Heuchelei der PiS, die trotz ihres Anti-Migrationsnarrativs eine große Zahl außereuropäischer Migranten, darunter Muslime, aufgenommen hatte. Während der Veröffentlichung der Strategie sagte Tusk, dass »den Menschen, die in Polen arbeiten, Steuern zahlen, sich in die Gesellschaft integrieren und wirklich studieren wollen, Respekt gebührt«. Es scheint allerdings, als widersprächen sich diese Logiken, insbesondere in der Situation des Vorwahlkampfes der Präsidentschaftswahlen (Mai/Juni 2025). Offenbar will Tusks Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im Vergleich zu den anderen politischen Gruppierungen nicht als zu immigrationsfreundlich erscheinen. So gewinnt die Logik, den Zugang zum polnischen Staatsgebiet und Arbeitsmarkt zu beschränken und zu erschweren, was in Verbindung mit dem unzureichenden und unterfinanzierten Migrationsmanagement auch bedeutet, dass sich für Ausländer die Wartezeiten für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen verlängern.

Dem Strategiepapier zufolge soll in Polen ein sog. selektives Migrationsmodell eingeführt werden. Die Regierung will den Zufluss von Migranten nach Polen unter Berücksichtigung sowohl des Bedarfs der Arbeitgeber als auch des Schutzes der heimischen Arbeitnehmer lenken. Dafür soll es ein Punktesystem für die Immigration geben, das sich an Ländern wie Australien orientiert. Das Papier ruft auch dazu auf, das Visaprozedere zu verschärfen, als Antwort auf den sog. Visaskan-

dal in der Zeit der PiS-Regierung, als es Fälle von Visa-betrug in verschiedenen polnischen Konsulaten gegeben hat. Die Sprache des Strategiepapiers spiegelt die Sicherheitsdiskurse wider, die Migration als potentielle Bedrohung darstellen und eine genaue Kontrolle sowie häufig eine Beschränkung fordern. Beispielsweise behauptet das Strategiepapier, dass Migration keine Lösung der demografischen Probleme und des Arbeitskräftemangels sein werde. Allerdings sind in dem Dokument auch bestimmte humanitäre Aspekte zu finden, etwa die nicht weiter präziserte Nennung der Kategorie der humanitären Aufenthalte. Jedoch scheint sich die allgemeine Idee durchzusetzen, jegliche Zweifel darüber auszuräumen, dass die Anwesenheit von Migranten im Interesse Polens liegt und keine Gefahr für die Sicherheit darstellt.

Fehlende grundsätzliche Veränderungen an der Grenze zu Belarus

Die größte Kritik von Experten und zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Migrationsstrategie richtete sich gegen die Idee, vorläufig und territorial begrenzt das Asylrecht auszusetzen, was bei den polnischen Verteidigern der Menschenrechte Besorgnis hervorrief. Tatsächlich wurde das Recht, Asyl zu beantragen, seit Beginn der Krise im Sommer 2021 an der Grenze zu Belarus eingeschränkt, als das belarusische Regime von Alexander Lukaschenko begann, Migration zu instrumentalisieren. Entgegen den Hoffnungen der Verteidiger der Menschenrechte stellte die neue Regierung die Politik des Pushback gegenüber Migranten nicht ein, die als Gegenmaßnahme gegen die hybriden Angriffe des belarusischen Regimes eingesetzt wurde. Darüber hinaus baut die Regierung die physische und technologische Abschreckung an der polnisch-belarusischen Grenze weiter aus: Aktuell handelt es sich um einen 5,5 Meter hohen Zaun, der mit Stacheldraht verstärkt und mit Bewegungsmeldern und Wärmekameras ausgestattet ist. Neu war es, im Rahmen des Grenzschutzes Such- und Rettungsgruppen zu bilden, als Ausdruck der erklärten Politik der »Null Todesfälle an der Grenze«. Nach wie vor aber kommt es dazu, dass Migranten unabhängige humanitäre Organisationen um medizinische Hilfe oder Rechtsbeistand bitten, um beispielsweise beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine einstweilige Verfügung zur Verhinderung von Pushbacks zu erwirken.

Menschenrechtsaktivisten, die im Grenzgebiet tätig sind, stellen fest, dass es bis zur Aussetzung des Asylrechtes keine einheitliche Vorgehensweise gegenüber Personen gab, die dort um Asyl ersuchten. Trotz der allgemeinen Tendenz, Migranten von der Grenze abzuschrecken, wurden und werden manche Asylanträge angenommen, da die Aussetzung nicht für sensible Gruppen gilt. Aus den vom Grenzschutz veröffentlichten Daten geht hervor, dass 2023 8.843 Asylanträge in Polen gestellt wur-

den; im Jahr 2024 waren es 15.197. Am stärksten vertreten waren 2024 die ukrainische, die belarusische und die russische Nationalität (insgesamt 71 Prozent aller Antragsteller). Hier wird es sich eher nicht um irreguläre Übertritte der polnisch-belarusischen Grenze gehandelt haben. Allerdings finden sich unter den Antragstellern auch Staatsbürger von Ländern wie Äthiopien (515), Eritrea (505), Somalia (486), Syrien (418), Afghanistan (226), dem Sudan (226) und dem Jemen (199). Es steht zu vermuten, dass die Migranten aus den außereuropäischen Ländern ihre Asylanträge an der polnisch-belarusischen Grenze nach einem illegalen Übertritt nach Polen gestellt haben. Gleichzeitig werden die, denen eine Antragstellung nicht gelang, nach Belarus zurückgeschickt. Nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen, die Migranten in dieser Situation humanitäre Hilfe leisten, wird den betreffenden Personen häufig nicht nur der Zugang zum Asylprozedere verwehrt, sondern es wird ihnen auch keine grundlegende humanitäre und medizinische Hilfe gewährt. Anfang Februar 2025 informierte der Verein We Are Monitoring über mehr als 11.000 Pushbacks an der Grenze zu Belarus sowie über 89 Todesfälle von Migranten in diesem Gebiet seit dem Sommer 2021. So kann man vermuten, dass die Politik der »Null Todesfälle an der Grenze« der neuen Regierung nicht erfüllt wird, allerdings ging die Anzahl der Todesfälle im Vergleich zur Regierungszeit der PiS deutlich zurück.

Die meisten Kontroversen weckt bis heute die vorläufige und territorial begrenzte Aussetzung des Rechtes, einen Asylantrag zu stellen, die seit dem 27. März 2025 an der Grenze zu Belarus gilt. Trotz des Einspruchs des Bürgerrechtsbeauftragten, juristischer Experten, von Nichtregierungsorganisationen, internationalen Organisationen und auch der Rechtsstelle der Senatskanzlei haben beide Parlamentskammern, Sejm und Senat, die Änderungen des Gesetzes über die Gewährung von Schutz für Ausländer auf dem Gebiet der Republik Polen verabschiedet. Am 26. März 2025 wurde die Gesetzesnovelle vom Präsidenten unterzeichnet. Die neuen Vorschriften führen den Begriff »Instrumentalisierung der Migration« in die Rechtsordnung ein und ändern Artikel 33 des Gesetzes, indem sie erlauben, das Recht, um internationalen Schutz zu ersuchen, zeitlich und territorial begrenzt auszusetzen. Nach Auffassung der genannten Institutionen und Organisationen ist das Gesetz nicht konform mit der Verfassung Polens, der Genfer Konvention, der Menschenrechtskonvention, der Grundrechtecharta und den Verträgen der Europäischen Union. Dessen ungeachtet hat die Regierung am 27. März 2025, einen Tag nach der Unterzeichnung, eine Verordnung verabschiedet, dass an der Staatsgrenze zu Belarus eine zunächst auf 60 Tage befristete Beschränkung des Asylrechtes gilt. Da die Vorschriften gerade

erst angenommen wurden, ist noch nicht ganz klar, was die Aussetzung des Rechtes in der Praxis bedeutet, ob nicht doch Asylanträge an den Grenzübergängen entgegengenommen werden oder ob dieses Vorgehen der polnischen Regierung nicht eine internationale Diskussion, auch vonseiten der Europäischen Kommission, nach sich zieht. Bisher haben Menschenrechtsorganisationen eine Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof angekündigt.

Hoffnungen auf eine bessere Integrationspolitik

Außer der stark sicherheitsorientierten Einstellung zu Asyl und Grenzregime beinhaltet die Migrationsstrategie auch die Stärkung integrativer Maßnahmen. Es wurde eine Abteilung für Gesellschaftliche Integration im Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik eingerichtet und es wird zurzeit geplant, in 49 Städten Integrationszentren zu eröffnen. Die Strategie schlägt vor, die Arbeitgeber in die Integrationsmaßnahmen einzubinden und sie zu verpflichten, einen Teil der damit einhergehenden finanziellen Belastungen zu tragen, beispielsweise Kosten für Polnischkurse für ausländische Arbeitnehmer.

Die Strategie nimmt auch die Frage der Sicherheit im Zusammenhang mit Integration in den Blick, allerdings scheint es, dass hier eine stärker inklusive Perspektive eingenommen wird. Die Verfasser des Dokuments erklären, dass es das Ziel der Integration sei, Sicherheit für alle zu gewährleisten, sowohl für Migranten als auch die Aufnahmegesellschaft. Die gesellschaftliche Inklusion ausländischer Gruppen soll ein Mittel sein, um Radikalisierung vorzubeugen und entgegenzutreten. Auch der Schutz der Migranten vor fremdenfeindlichen Angriffen wird als wichtiges Ziel genannt. Von Bedeutung ist, dass im Strategiepapier Begriffe wie »Sicherheit der Einwohner« Polens statt der »Bürger« Polens vorkommen, was die Ausländer in den Sicherheitsaspekt einbezieht.

Allerdings äußerten Nichtregierungsorganisationen und Experten auch Kritik an der im Strategiepapier formulierten Vorstellung von Integration. Obgleich im Dokument behauptet wird, dass keine Assimilationsmaßnahmen vorgesehen sind, wird gleichzeitig erklärt, dass sich die Migranten an die Normen der polnischen Gesellschaft anpassen sollen und nicht umgekehrt – Integration sollte jedoch ein Prozess der gegenseitigen Anpassung sein. Zweifel weckt auch, wie etwas zur »Norm« einer Gesellschaft werden soll (und die Strategie präzisiert nicht, ob es um andere als rechtliche Vorschriften geht), – problematisch ist das gerade im Falle einer so stark polarisierten Gesellschaft wie der polnischen. Die Strategie beinhaltet auch keine Ideen, wie die tief in der polnischen Gesellschaft verwurzelte nega-

tive Einstellung gegenüber dem Islam und Flüchtlingen aus dem Nahen Osten verändert werden kann. In der Frage der Integration folgt sie der Logik der Absicherung gegenüber Migration, und obwohl sie ein deutliches Augenmerk auf die Inklusion der Ausländer legt, scheint sie nicht weiterreichend anzustreben, die Ausbreitung islamophober Einstellungen zu verhindern. Darüber hinaus wird zwar der Schutz von Migranten auf dem Arbeitsmarkt erklärt, es wird aber nicht der Wohnungsmarkt thematisiert. Die Verfasser der Migrationsstrategie bieten nichts an, was verhindern könnte, dass sich nach Ethnien zusammengesetzte marginalisierte Gesellschaften bilden.

Die Regierung testet die Akzeptanz der EU für ihre Migrationspolitik

Die Regierung von Ministerpräsident Tusk setzte viel daran, den Konflikt mit den EU-Institutionen, den die Vorgängerregierung beispielsweise im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Justizreformen entfacht hatte, zu beenden. Im Bereich der Migration allerdings setzt die aktuelle Regierung den Widerstand gegen die Agenda der Europäischen Union fort. Kurz nach den gewonnenen Parlamentswahlen im Oktober 2023 verkündete Tusk während eines Besuches in Brüssel am 25. Oktober 2023, dass sich Polen nicht am Relokationsmechanismus, wie er im neuen EU-Migrations- und Asylpaket vorgesehen ist, beteiligen wird. Zuvor hatten sich die Europaabgeordneten der größten Partei des neuen polnischen Regierungsbündnisses, der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), die zur Europäischen Volkspartei gehört, deutlich überwiegend bei der Abstimmung über das neue Paket enthalten.

Die polnische Regierung sucht das Verständnis der europäischen Institutionen sowie anderer Staaten für ihre Politik vor allem wegen der Lage an der polnisch-belarusischen Grenze. Als Donald Tusk die Idee verkündete, das Asylrecht auszusetzen, reagierte die Europäische Kommission zurückhaltend – weder akzeptierte sie diesen Vorschlag noch erhob sie Einspruch. Auf dem EU-Gipfel am 17. Oktober 2024 in Brüssel besprach Tusk die vorgeschlagene Lösung mit anderen Regierungschefs, um anschließend auf einer Pressekonzferenz festzustellen, dass »niemand ein Problem hat, das polnische Recht anzuerkennen, dass das Stellen von Asylanträgen vorübergehend ausgesetzt werden kann«. Er fügte hinzu, dass es »leichter war als erwartet«, Akzeptanz für seinen Vorschlag zu erlangen. Am 11. Dezember 2024 stellte die EU-Kommissarin für Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie, Henna Virkkunen, abschließend fest, dass »die EU-Mitgliedsstaaten außerordentliche Mittel zum Schutz der Außengrenzen einsetzen können, zum Beispiel die Beschränkung der Nutzung des Asyl-

rechts«. Die offizielle Erklärung der Europäischen Kommission, die am selben Tag herausgegeben wurde, ist allerdings nicht so eindeutig. In dem Dokument wird erklärt, »die Mitgliedstaaten müssen unter Umständen [...] Maßnahmen ergreifen, die schwerwiegende Eingriffe in Grundrechte wie das Recht auf Asyl und damit zusammenhängende Garantien nach sich ziehen könnten«. Am 4. Februar 2025 sagte Kevin James Allen, Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars in Polen, im Sejm, dass die Erklärung der Europäischen Kommission das Recht auf Asyl »nicht in Frage stellt«. Es scheint, dass die praktische Anwendung einer Aussetzung des Asylrechts zumindest mit der schweigenden Akzeptanz vonseiten der Europäischen Union vonstatten gehen kann, ähnlich wie im Falle Finnlands.

Gleichzeitig bleibt das Migrations- und Asylpaket ein Zankapfel zwischen Brüssel und Warschau. Am 4. Februar 2025 erklärte Ministerpräsident Tusk vor der Presse, dass »Polen kein Migrationspaket und auch keinerlei Beschlüsse solcher Art Projekte implementieren wird, die zu einer verpflichtenden Aufnahme von Migranten durch Polen führen würden«. Die Europäische Kommission entgegnete lakonisch, dass »das EU-Recht für die Mitgliedsstaaten bindend ist«. Die polnische Regierung argumentiert, dass die Hilfe, die Polen den infolge der russischen Völlinvasion zwangsläufig umgesiedelten Ukrainern leistet, die Solidaritätsverpflichtungen, die Polen auferlegt werden, abmildern sollte. Die Zukunft wird zeigen, was das Ergebnis der Reibereien zwischen Warschau und Brüssel sein wird.

Für weitere Spannungen sorgt das Thema, dass Deutschland auf der Grundlage des Dublin-Verfahrens Migranten nach Polen (als in diesem Fall zuständiges EU-Partnerland) zurückführt. Das Thema nutzt die Opposition in Polen, um die Regierung zu kritisieren, allerdings umfassen die angeführten hohen Zahlen (z. B. 500 Personen im Januar 2025) auch Personen, die von Deutschland bei Grenzkontrollen zurückgewiesen wurden (Oktober 2023), und nicht allein solche, die von deutschem Staatsgebiet überstellt wurden. Es besteht allerdings die Sorge, insbesondere in grenznahen Orten, dass eine fehlende Grenzkontrolle auf polnischer Seite und ausdifferenzierte Kooperationsvereinbarungen zwischen der deutschen Polizei und dem polnischen Grenzschutz zu einem deutlichen Anstieg von Personen führen, die aus Deutschland zur Umkehr veranlasst werden. So weisen Meinungsumfragen darauf hin, dass sich die Mehrheit der Polen für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der Grenze zu Deutschland ausspricht. Gleichzeitig heißt es in der Presse, dass die polnischen Behörden »entschieden auf Hinweise über die Zurückführung von Migranten über unsere Grenze durch die zuständigen deutschen Behörden reagieren« sollen.

Welche Zukunft haben die ukrainischen Migranten?

Polen war das Land, das in der ersten Phase nach Beginn der russischen Völlinvasion in die Ukraine die meisten Flüchtlinge aus dem angegriffenen Land aufgenommen hat. Schätzungen zufolge lebten im Frühjahr 2022 mehr als vier Millionen Menschen in Polen, die infolge des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine geflüchtet waren, deutlich überwiegend Frauen. Die Regierung regelte rasch ihren Status und führte nach Verabschiedung eines Sondergesetzes im März 2022 einen Sonderaufenthaltsstatus für die Kriegsflüchtlinge ein, der auch die Vergabe von Personenidentifikationsnummern (poln. PESEL) für Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung einschloss. Die Geflüchteten erhielten mit dem »UKR«-Zusatz an den Personenidentifikationsnummern Zugang zum Gesundheits- sowie Bildungssystem, zu staatlichen Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt. Personen, die nach dem 24. Februar 2022 nach Polen gekommen waren, erhielten auch das Recht auf die höchste Sozialleistung in Polen, das sogenannte »800+«-Kindergeld. Im Laufe der Zeit kehrte jedoch ein großer Teil der Personen in die Ukraine zurück oder ging in andere Länder. Nach aktuellen Schätzungen halten sich in Polen ca. eine Million Personen (mit deutlicher Mehrheit Frauen) auf, die vom polnischen Staat eine »ukrainische« Personenidentifikationsnummer erhalten haben. Hinzu kommen ca. 1,5 Millionen ukrainische Staatsbürger, die bereits vor der russischen Völlinvasion nach Polen gekommen waren oder ihren Status des vorübergehenden Schutzes (auf der Grundlage des o. g. Sondergesetzes bzw. von EU-Regeln) in den Status der vorübergehenden Aufenthaltserlaubnis überführt haben.

Die Zukunft der Bürger der Ukraine in Polen, d. h. ob und wie lange sie in Polen bleiben wollen, ist unklar. In Übereinstimmung mit den von Polen angewandten EU-Bestimmungen wurde der vorübergehende Schutz bis März 2026 verlängert. Gleichzeitig änderte die Regierung im Sommer 2024 das Sondergesetz über die Hilfe für Staatsbürger der Ukraine und eröffnete den ukrainischen Bürgern in Polen, die die spezielle Personenidentifikationsnummer erhalten haben, einen einfacheren Weg, den Status der vorübergehenden Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Auf der anderen Seite erfolgten Beschränkungen für ukrainische Bürger, die den Aufenthalt in Sammelunterkünften oder den Zugang zum Kindergeld betreffen. Auch die Stimmung in Polen hat sich verändert. Immer mehr Polen äußern sich beunruhigt darüber, dass eine so große Anzahl ukrainischer Bürger in Polen bleibt, insbesondere die, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen (auch wenn diese Hilfe sehr beschränkt bleibt). Das ergibt sich auch daraus, dass die Zukunft der ukrainischen Bürger von Politikern im zurzeit laufenden Präsidentschaftswahlkampf

thematisiert wird. Die Migrationsstrategie geht darauf im Grunde nicht ein; sie bezieht sich nur auf die Weiterentwicklung der Integrationspolitik im Hinblick auf die ukrainischen Bürger.

Wie geht es weiter?

Bis zu den Präsidentschaftswahlen im Mai/Juni 2025 sind außer den bereits verschärften Migrationsregeln keine weiteren Aktivitäten zu erwarten. Möglicherweise wird sich die Regierung anschließend für eine aktivere, aber auch selektive Umsetzung des EU-Migrationspakets entscheiden, wenngleich aktuell angekündigt wird, dies nicht zu tun. Zu vermuten steht auch, dass die Aussetzung des Asylrechtes an der Grenze nach Belarus verlängert wird. Was die Zukunft der ukrainischen Geflüchteten in Polen betrifft, ist es am wahrscheinlichsten, dass Instrumente eingeführt werden, die ihren weiteren Verbleib in Polen gestatten, v. a. auf der Grundlage einer vorübergehenden Aufenthaltserlaubnis im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit. Manche Experten führen sogar an, dass im Falle einer Beendigung des Krieges in der Ukraine die Ehemänner der geflüchteten Frauen nachkommen könnten. Die Entwicklung weiterreichender Instrumente der Migrationspolitik wie

das in der Migrationsstrategie angekündigte Programm selektiver Migration, die Anwerbung von Migranten, die unter wirtschaftlichen Aspekten besonders gefragt sind, hängt sowohl von der Situation in Polen ab, wo das Thema Migration zunehmend politisch instrumentalisiert wird, als auch von der Lage in Europa, insbesondere an der Grenze zu Deutschland. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze durch Deutschland im Oktober 2023 und auch die entschiedene, politisch motivierte Ankündigung, Migranten in die Nachbarländer abzuschieben, schüren Ängste in der polnischen Gesellschaft und können die Einführung einer zunehmend restriktiven Migrationspolitik befördern. Auf der anderen Seite bleibt das Lobbying der Arbeitgeber in Polen sehr ausgeprägt – u. a. dank ihrer Aktivitäten hat das polnische Parlament die zuvor vorgeschlagenen Barrieren gegen die Zulassung von Ausländern zum polnischen Arbeitsmarkt gelockert. Die endgültige Ausgestaltung der Migrationspolitik wird sich folglich aus den aufeinander treffenden (Arbeitgeber-) Interessen und gesellschaftlichen Stimmungen ergeben.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autoren

Mateusz Krepa M.A. ist Doktorand an der Forschungsstelle Migration der Universität Warschau (Ośrodek Badań nad Migracjami Uniwersytetu Warszawskiego). Sein Forschungsschwerpunkt ist Sicherheit und Migration.

Dr. *Marta Jaroszewicz* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Migration der Universität Warschau (Ośrodek Badań nad Migracjami Uniwersytetu Warszawskiego). Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Migration in Ostmitteleuropa.

Lesetipp

Positionspapier der Forschungsstelle Migration der Universität Warschau zur Migrationstrategie der polnischen Regierung *Kontrolle wiedergewinnen. Sicherheit garantieren* (2024). Eine vergleichende und verantwortliche Migrationstrategie für Polen 2025–2030. (in englischer Sprache) https://www.migracje.uw.edu.pl/wp-content/uploads/2024/10/EN_Position-of-CMR-UW-on-Migration-Strategy.pdf (abgerufen am 11.04.2025).

Kontrolle wiedergewinnen, Sicherheit garantieren. Die Migrationsstrategie der Regierung

Bekanntmachung der Kanzlei des Ministerpräsidenten Donald Tusk

12. Oktober 2024

Im Zentrum der Migrationspolitik unseres Landes steht die Sorge um die Sicherheit Polens und die Sicherheit von Millionen Polinnen und Polen. Ministerpräsident Donald Tusk hat die Regierungsstrategie »Kontrolle wiedergewinnen, Sicherheit garantieren« angekündigt, deren Ziel die vollständige Kontrolle über die Migration und die maximale Einschränkung illegaler Grenzübertritte nach Polen ist. [...]

Eine der wichtigsten Herausforderungen in Polen, Europa und der Welt ist die Ausarbeitung einer harten Antwort auf die Herausforderungen und Ängste, die von der Massenmigration und dem Migrationsdruck hervorgerufen werden, hinter dem feindliche Staaten stehen.

»Polen soll sicher sein. Die Polinnen und Polen sollen sich frei fühlen. Sicher und frei in ihrem Land. Deshalb ist unsere Migrationspolitik so wichtig«,

sagt der Vorsitzende des Ministerrates.

Die Fundamente der Freiheit sind der Rechtsstaat, Rechtsstaatlichkeit und echte demokratische Regeln, die in den vergangenen acht Jahren konsequent [unter der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführten Vorgängerregierung, Anm. d. Übers.] zerstört wurden.

Migration war ein Kampfmittel

Das Fehlen echter Kontrolle und das Chaos in der Migrationspolitik der Vorgängerregierung hatten zur Folge, dass Hunderttausende Menschen aus Afrika und Asien nach Polen kamen. Ihnen gegenüber baute sich eine Atmosphäre des Hasses und der Verachtung auf.

»Sie [die Vorgängerregierung, Anm. d. Übers.] bauten ein System auf, das teilweise korrupt war und das, was heute keiner mehr anzweifelt, den absolut unkontrollierten – teilweise wie ein privates Unternehmen gehandhabten – Zufluss von Hunderttausenden nur formal legalen oder Hunderttausenden illegalen Migranten gestattete. Sei es über die belarussische Grenze oder mithilfe des Visasystems, mit einem Scheinstudium oder der Politik, die komplett für private Interessen instrumentalisiert wurde, was den Arbeitsmarkt versus Migranten betraf«,

erläuterte Tusk.

Dank der Maßnahmen der aktuellen Regierung wurden im ersten Halbjahr 2024 insgesamt 31 Prozent weniger Visa aller Kategorien ausgegeben als im Vorjahreszeitraum.

Die Vorgänger erschufen die mit Blick auf illegale Migration am stärksten pro-Migration eingestellte Regierung in Europa, die die Sicherheit ihrer Nation und der Grenzen der Europäischen Union für nichtig hielt.

»Eins der Elemente der Migrationsstrategie wird die zeitliche, territoriale Aussetzung des Asylrechts sein, und ich werde die Zustimmung dazu in Europa einfordern. Wir wissen genau, wie das Asylrecht von [dem belarussischen Staatspräsidenten, Anm. d. Übers.] Lukaschenko, [dem russischen Staatspräsidenten, Anm. d. Übers.] Putin, von Schleusern und Menschenhändlern – wie das Asylrecht exakt gegen seine eigentliche Bedeutung ausgenutzt wird«,

sagte der Ministerpräsident.

Die gegenwärtige Regierung vollzieht einen Wandel in dieser Angelegenheit, indem sie sich von den fatalen Praktiken ihrer Vorgänger löst und eine kohärente Vorgehensweise in diesem Bereich vorschlägt. Migration wird weder die Sicherheit noch die Grenzen, noch die Bürger gefährden.

Migration und Integration

In den letzten acht Jahren hat der polnische Staat die Kontrolle über die Welle illegaler Migration verloren, und der Zufluss von Immigranten ist zu einer Waffe im politischen Kampf geworden. In den Jahren 2018–2023 hat Polen mehr als sechs Millionen Visa ausgegeben, darunter 3,8 Millionen Arbeitsvisa.

»Der Staat ist dafür da, dass nach Polen die Menschen kommen, die in Polen ehrlich arbeiten, Steuern zahlen, sich in die polnische Gesellschaft integrieren und wirklich studieren wollen. Und das sind Menschen, denen Achtung und Respekt gebührt. Das bedeutet auch Integrationsmaßnahmen. Wenn jemand für immer nach Polen kommen will, länger hier arbeiten oder studieren will, muss er die polnischen Standards und Gepflogenheiten respektieren, muss sich integrieren wollen. Nach Verabschiedung der Strategie – aber auch schon in den letzten Monaten fand dies statt – werden wir die illegale Migration

nach Polen auf ein Minimum reduzieren. Wir schalten diese Praktiken aus, um vollkommene Kontrolle darüber zu erlangen, wer kommt, wozu er kommt und inwieweit das nützlich sein kann», stellte der Regierungschef fest.

Ein Negativbeispiel für das Übergehen von Integrationsprozessen ist Deutschland, das private Interessen über das Wohl der Gesellschaft stellte. Die harte Haltung der Regierung in Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse wird Millionen Polinnen und Polen vor Ängsten bewahren und ihnen das Gefühl von Sicherheit geben.

Maßnahmen des Außenministeriums

Im Kampf gegen den enormen Zustrom von Personen aus Asien und Afrika hat das Außenministerium nicht nur die Preise für polnische Visa angehoben, sondern auch neue Richtlinien für die polnischen Konsulate eingeführt, die die Vorgängerregierung für ihre eigenen Ziele ausgenutzt hatte.

»Das, was ich sage, lässt sich erreichen, allerdings unter der Bedingung, dass der Regierung von Donald Tusk nicht immer jemand Steine in den Weg legen, bösartig sein Veto einlegen, ans Verfassungstribunal verweisen wird und die Ernennung polnischer Botschafter blockieren wird,«

fügte Außenminister Radosław Sikorski hinzu.

Die Oberste Kontrollkammer hat in ihrem Bericht eine Reihe von Unregelmäßigkeiten im Außenministerium festgestellt, die u. a. die konsularische Tätigkeit, das Visaprozedere oder die Bevorzugung von Unternehmen, Personen und Agenturen betreffen. Das Vorgänger-Außenministerium stand der Bedrohung vonseiten Russlands gleichgültig gegenüber und hat von Beginn der Aggression gegenüber der Ukraine an bis zum Dezember 2023 mehr als 4.200 Visa an Staatsbürger Russlands ausgegeben.

[...]

Eine immer dichtere Grenze

In den letzten Monaten hat unser Staat seine Glaubwürdigkeit auf der internationalen Bühne wiederaufgebaut und ist ein Land geworden, von dem die Sicherheit der östlichen Grenze der gesamten Europäischen Union abhängt, sowohl was die Verteidigung vor fremden Staaten als auch vor illegalen Immigranten betrifft. In diesem Jahr bestimmt Polen 4,3 Prozent des BIP für Verteidigungszwecke und im kommenden Jahr 4,7 Prozent. Das ist der höchste Einsatz im gesamten Nordatlantischen Bündnis.

»Dass wir heute so viel in unsere Verteidigung investieren, in unsere Sicherheit – und das tun wir in überlegter Art und Weise –, auch das baut das Ansehen Polens als Staat auf, der tatsächlich weiß, um was es geht, der wirklich für Sicherheit sorgen will«, sagte der Ministerpräsident.

Der Aufbau einer der stärksten Armeen in der EU, die klare Haltung der polnischen Regierung und der uniformierten Dienste an der Grenze zu Belarus werden nicht ohne Wirkung auf diejenigen bleiben, die sich im Prozedere illegaler Grenzübertritte engagieren.

Unüberwindbare Grenze

Seit Dezember 2023 schließt die polnische Regierung konsequent die Grenze zu Belarus, die täglich im Rahmen des sog. hybriden Krieges attackiert wird. Für die Unverletzbarkeit der polnischen Grenzen sorgen Tausende Polizisten, Soldaten und Grenzschutzangehörige.

»Immer mehr erreicht es die Schleuser und die Länder, aus denen die Menschen flüchten, immer mehr gelangt es ins Bewusstsein, dass diese Grenze unüberwindbar ist. Wenn sie sich als unüberwindbar für illegale Migranten erweist, dann wird niemand an dieser Grenze umkommen. Nach Polen kann jemand, der in einer solchen Lage ist, der verfolgt ist, jeder kann nach Polen kommen. Unter der einen Bedingung, dass er alle in Polen geltenden Verfahren, Gesetze und Regeln erfüllt. Es ist nicht die Rede davon, dass jemand sich illegal nach Polen begibt und wir hier ein Auge zudrücken«,

erklärte Donald Tusk.

In knapp einem Jahr Regierungszeit verloren zwei Personen ihr Leben an der Grenze. Im Jahr 2023 kamen sogar 18 Personen ums Leben.

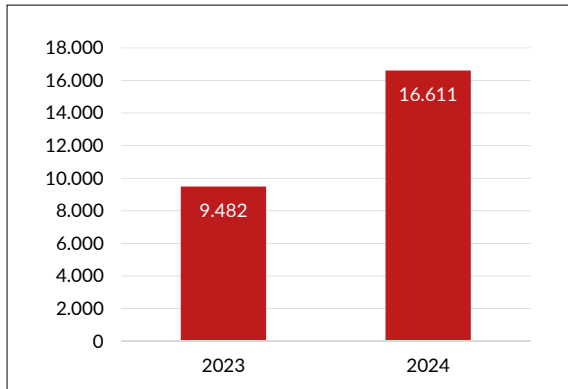
[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Die Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrates]: *Odzyskać kontrolę, zapewnić bezpieczeństwo* [Kontrolle wiedergewinnen, Sicherheit garantieren]. <https://www.gov.pl/web/premier/odzyskac-kontrolę-zapewnic-bezpieczenstwo> (abgerufen am 11.04.2025).

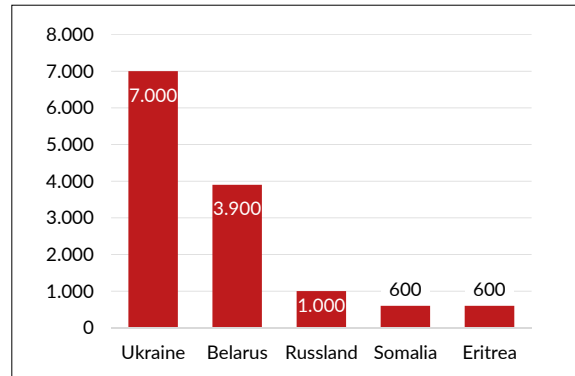
Anträge auf Internationalen Schutz in Polen

Grafik 1: Anträge auf Internationalen Schutz 2024 im Vergleich zu 2023



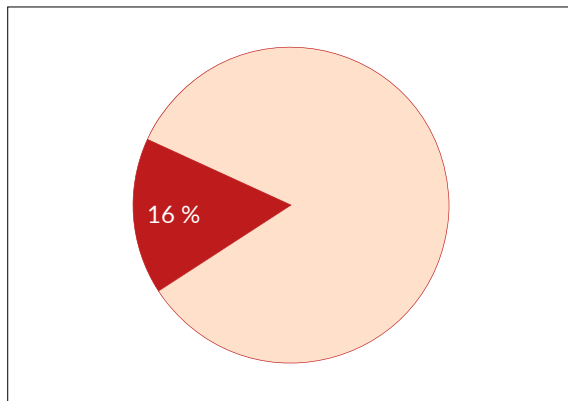
Quellen: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Raporty miesięczne [Monatliche Berichte], <https://www.gov.pl/web/udsc/miesieczny-raport-z-dzialalnosci-urzedu>, hier: <https://www.gov.pl/web/udsc/2023-r>, <https://www.gov.pl/web/udsc/2024-r>; für März–April 2023, Januar–Februar 2024, August 2024, Oktober–Dezember 2024: eurostat, Asylum applications – monthly statistics, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Asylum_applications_-_monthly_statistics (abgerufen am 14.04.2025).

Grafik 2: Anträge auf Internationalen Schutz 2024: nach Herkunftsländern



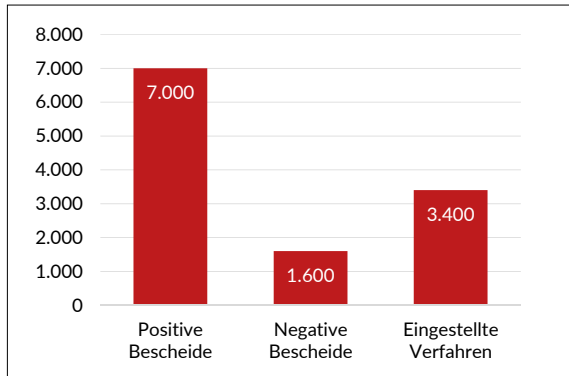
Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Ochrona międzynarodowa w 2024 r. [Internationaler Schutz 2024]. 15.01.2024. <https://www.gov.pl/web/udsc/ochrona-miedzynarodowa-w-2024-r> (abgerufen am 09.04.2024).

Grafik 3: Anträge auf Internationalen Schutz 2024: Anteil an Personen unter 18 Jahren

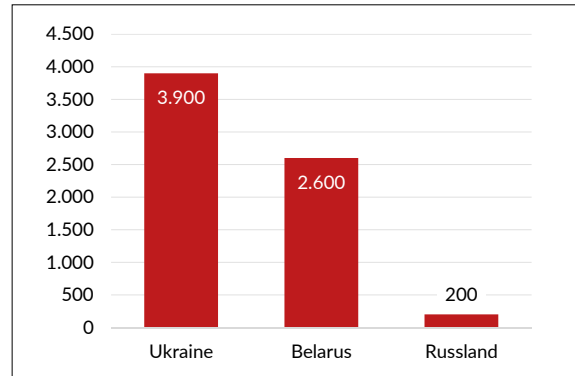


Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Ochrona międzynarodowa w 2024 r. [Internationaler Schutz 2024]. 15.01.2024. <https://www.gov.pl/web/udsc/ochrona-miedzynarodowa-w-2024-r> (abgerufen am 09.04.2024).

Grafik 4: Anträge auf Internationalen Schutz 2024: positive und negative Bescheide, eingestellte Verfahren

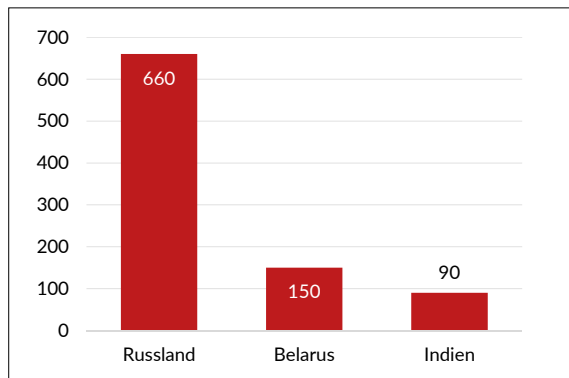


Grafik 5: Anträge auf Internationalen Schutz 2024: positive Bescheide nach Herkunftsländern

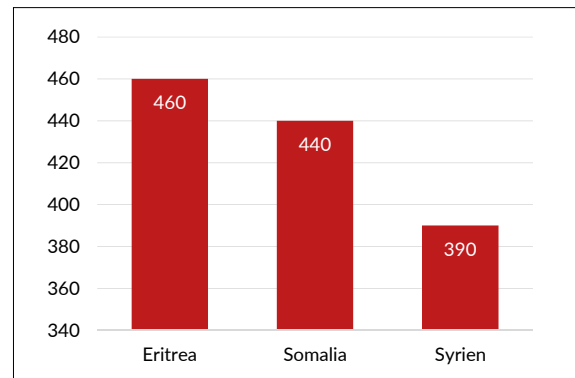


Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Ochrona międzynarodowa w 2024 r. [Internationaler Schutz 2024]. 15.01.2024. <https://www.gov.pl/web/udsc/ochrona-miedzynarodowa-w-2024-r> (abgerufen am 09.04.2024).

Grafik 6: Anträge auf Internationalen Schutz 2024: negative Bescheide nach Herkunftsländern

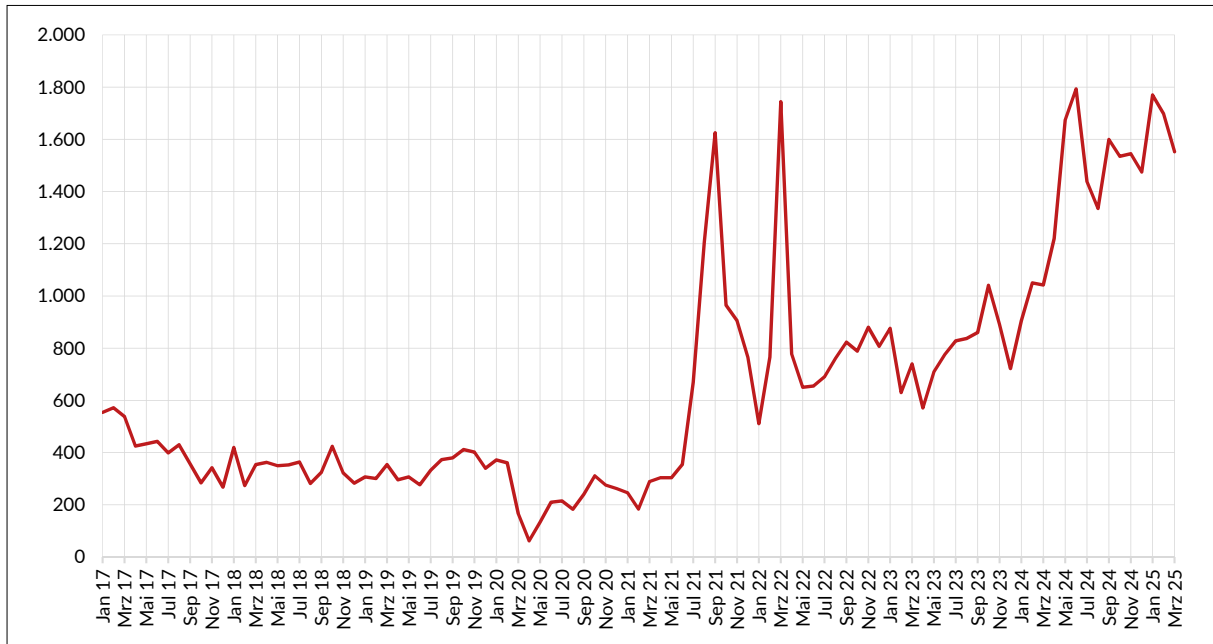


Grafik 7: Anträge auf Internationalen Schutz 2024: eingestellte Verfahren nach Herkunftsländern



Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Ochrona międzynarodowa w 2024 r. [Internationaler Schutz 2024]. 15.01.2024. <https://www.gov.pl/web/udsc/ochrona-miedzynarodowa-w-2024-r> (abgerufen am 09.04.2024).

Grafik 8: Monatliche Anträge auf Internationalen Schutz Januar 2017–März 2025



Monat	Anzahl der Anträge
Januar 2017	554
Februar 2017	572
März 2017	538
April 2017	425
Mai 2017	434
Juni 2017	443
Juli 2017	399
August 2017	430
September 2017	357
Oktober 2017	284
November 2017	342
Dezember 2017	268
Januar 2018	420
Februar 2018	274
März 2018	354
April 2018	363
Mai 2018	350
Juni 2018	353
Juli 2018	364
August 2018	282
September 2018	325
Oktober 2018	424
November 2018	322
Dezember 2018	283
Januar 2019	307

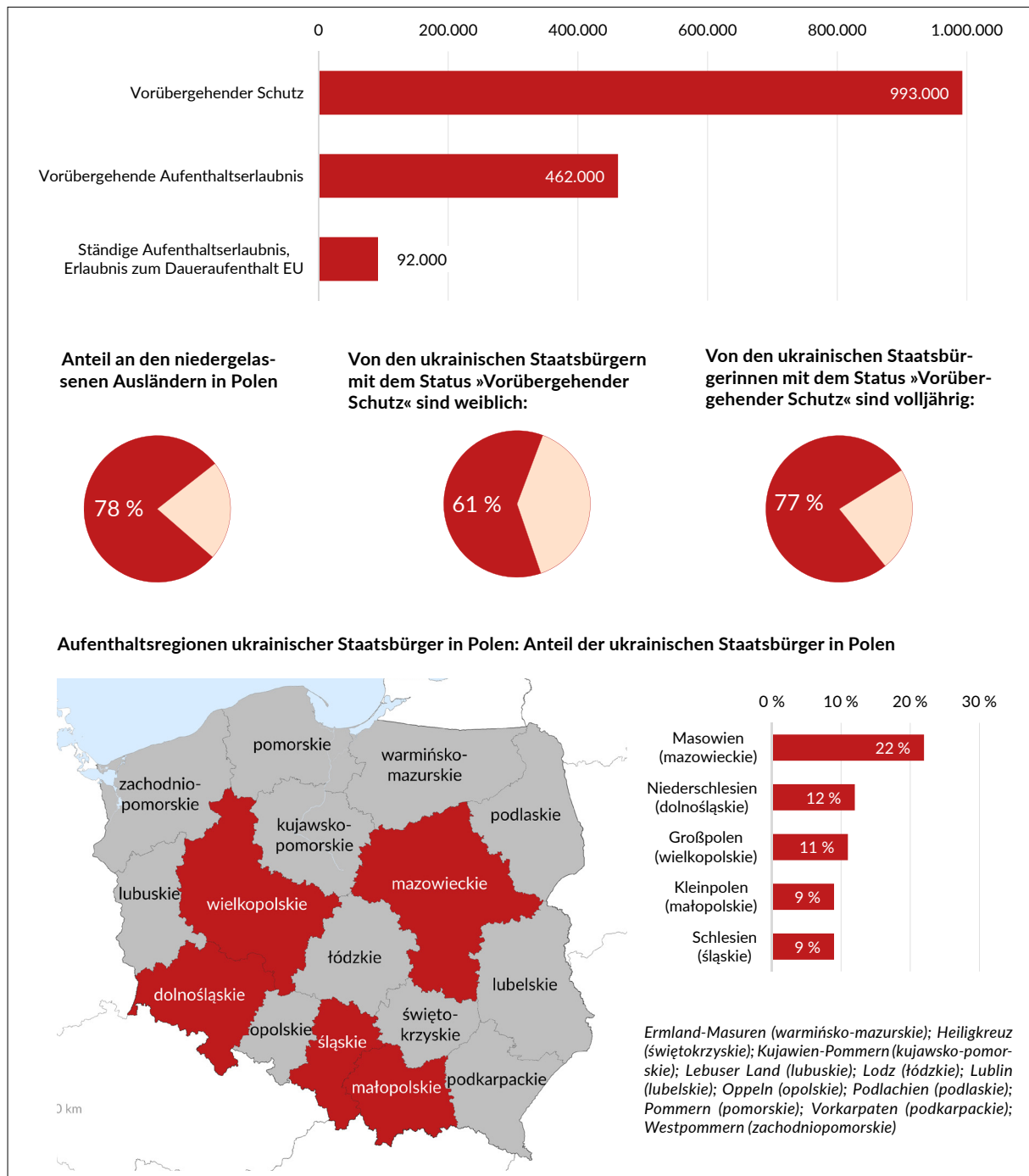
Monat	Anzahl der Anträge
Februar 2019	301
März 2019	354
April 2019	296
Mai 2019	307
Juni 2019	277
Juli 2019	333
August 2019	373
September 2019	380
Oktober 2019	412
November 2019	402
Dezember 2019	340
Januar 2020	372
Februar 2020	361
März 2020	166
April 2020	62
Mai 2020	133
Juni 2020	210
Juli 2020	215
August 2020	183
September 2020	241
Oktober 2020	311
November 2020	276
Dezember 2020	262
Januar 2021	246
Februar 2021	184

Monat	Anzahl der Anträge
März 2021	289
April 2021	304
Mai 2021	304
Juni 2021	355
Juli 2021	669
August 2021	1.205
September 2021	1.625
Oktober 2021	965
November 2021	905
Dezember 2021	765
Januar 2022	511
Februar 2022	766
März 2022	1.744
April 2022	778
Mai 2022	650
Juni 2022	655
Juli 2022	690
August 2022	761
September 2022	823
Oktober 2022	789
November 2022	880
Dezember 2022	807
Januar 2023	876
Februar 2023	630
März 2023	740

Monat	Anzahl der Anträge
April 2023	571
Mai 2023	710
Juni 2023	776
Juli 2023	828
August 2023	837
September 2023	860
Oktober 2023	1.041
November 2023	891
Dezember 2023	722
Januar 2024	905
Februar 2024	1.050
März 2024	1.042
April 2024	1.220
Mai 2024	1.674
Juni 2024	1.793
Juli 2024	1.438
August 2024	1.335
September 2024	1.599
Oktober 2024	1.535
November 2024	1.545
Dezember 2024	1.475
Januar 2025	1.770
Februar 2025	1.698
März 2025	1.552

Quellen: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Raporty miesięczne [Monatliche Berichte], <https://www.gov.pl/web/udsc/miesieczny-raport-z-dzialalnosci-urzedu>; für August–Dezember 2021, Juni–Juli 2022, März–April 2023, Januar–Februar 2024, August 2024, Oktober–Dezember 2024: eurostat, Asylum applications – monthly statistics, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Asylum_applications_-_monthly_statistics (abgerufen am 14.04.2025).

Grafik 9: Indizes zum Aufenthalt ukrainischer Staatsbürger in Polen*



*Die Daten berücksichtigen nicht die ukrainischen Staatsbürger, die sich mit einem Visum oder auf der Grundlage des visumsfreien Verkehrs in Polen aufhalten.
 Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Ausländerbehörde]: Obywatele Ukrainy w Polsce – raport [Bürger der Ukraine in Polen – Bericht]. 24.02.2025.
<https://www.gov.pl/web/udsc/obywatele-ukrainy-w-polsce-aktualne-dane-migracyjne2> (abgerufen am 09.04.2025).

CHRONIK

1. – 14. April 2025

01.04.2025	Das Kabinett beschließt die »Regierungsstrategie für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Auslands-polen 2025–2030«. Einer der Schwerpunkte sind Rückkehrprogramme, die auf die Aufnahme einer Arbeit oder einer Ausbildung ausgerichtet sind.
02.04.2025	Außenminister Radosław Sikorski trifft sich in Warschau mit Andrius Kubilius, EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt. Sikorski betont, dass angesichts der globalen geopolitischen Lage die Verteidigung die Hauptpriorität der Haushaltsausgaben der Europäischen Union sein müsse. Die Rüstungsindustrie in Europa müsse Anreize erhalten, ihre Produktionskapazitäten zu erhöhen und Lieferzeiten zu verkürzen.
03.04.2025	Im Sitz des Außenministeriums in Warschau findet die erste Sitzung des Beirates für Resilienz gegen internationale Desinformation statt. Der Resilienz-Beirat ist ein neues Format für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Hochschulen, Behörden der Selbstverwaltung und Nichtregierungsorganisationen. Er soll Gefahren analysieren und konkrete Handlungsmaßnahmen erarbeiten, mit dem Ziel, die Resilienz der Gesellschaft gegen internationale Desinformation zu stärken. Dem Beirat gehören 22 Experten an, den Vorsitz hat der Beauftragte für die Bekämpfung internationaler Desinformation, Tomasz Chłoń, inne.
04.04.2025	Ministerpräsident Donald Tusk veröffentlicht im Kurznachrichtendienst X eine Warnung vor illegalen Grenzübertritten nach Polen und unterstreicht, dass es kein Durchkommen gebe, da die Grenze dicht sei. Er bezieht sich damit auf die polnische EU-Außengrenze und den dort errichteten bewachten Grenzzaun sowie die vom russischen bzw. belarussischen Regime beförderte irreguläre Migrationsbewegung aus afrikanischen und asiatischen Ländern nach Polen. Tusk kündigt eine entsprechende Informationskampagne an. Sie werde sich an die sieben Länder richten, aus denen die meisten Migranten nach Polen kommen.
07.04.2025	Paweł Zalewski, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, empfängt den Vorsitzenden der Polnisch-Türkischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung der Türkei, Ferhat Nasıroğlu. Thematisiert wird die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in der internationalen Politik und der Rüstungsindustrie sowie für die Sicherheit der Region.
08.04.2025	Ministerpräsident Donald Tusk, Finanzminister Andrzej Domański, Krzysztof Paszyk, Minister für Entwicklung und Technologie, und Industrieministerin Marzena Czarnecka treffen sich mit Vertretern der polnischen Autobranche, um eine Strategien zum Schutz des Sektors zu diskutieren. Hintergrund ist die von US-Präsident Donald Trump veranlasste Zollerhöhung auf 25 Prozent, die u. a. Autoexporte aus der Europäischen Union in die USA betrifft.
09.04.2025	In Chişinău (Modawien) trifft sich Marek Prawda, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, mit moldawischen Regierungsvertretern, u. a. mit Rodica Crudu, Staatssekretär für die europäische Integration. Prawda sagt die weitere Unterstützung Polens bei den EU-Beitrittsverhandlungen Moldawiens zu. Er bekräftigt die Bereitschaft, der moldawischen Regierung dabei zu helfen, gegen russische Destabilisierungsversuche in Moldawien vorzugehen.
10.04.2025	In Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten zum Gedenken der Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (Russland) vor 15 Jahren statt. Bei einem Flug zu einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Massakers von Katyn (1940) verunglückte die Maschine bei Smolensk und alle 98 Insassen, Personen des politischen und öffentlichen Lebens Polens, kamen ums Leben. Zwischen den politischen Lagern in Polen hält der Streit über die Unglücksursache an.
11.04.2025	In Końskie findet eine dreistündige Debatte der Präsidentschaftskandidaten statt, an der Rafał Trzaskowski (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO), Karol Nawrocki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Szymon Hołownia (Dritter Weg/Trzecia Droga) und Magdalena Biejat (Die Linke/Lewica) teilnehmen sowie Joanna Senyszyn, Marek Jakubiak, Krzysztof Stanowski und Maciej Maciak, die mit Stimmfolgen im niedrigen einstelligen Prozentbereich rechnen können. Die Debatte wird auch im Fernsehen übertragen. Die Fragen, die sich die Kandidaten gegenseitig stellen, betreffen die Bereiche Verteidigung, Außenpolitik und Wirtschaft. An der Diskussion nehmen der Kandidat der Konföderation (Konfederacja) Sławomir Mentzen sowie Adrian Zandberg, der Favorit der Partei Gemeinsam (Razem), nicht teil.

12.04.2025	Im Rahmen der »Regierungsstrategie für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Auslandspolen 2025–2030« gibt das Außenministerium den Bewerbungsstart für ein Projekt bekannt, das zum Ziel hat, in der Polonia und unter den Auslandspolen zivilgesellschaftliche Aktivitäten vor Ort zu unterstützen. Langfristig solle ein globales Netzwerk von Führungspersonen entstehen, die sich mit Polen verbunden fühlen und sich der polnischen Perspektive und politischen Schwerpunktsetzungen bewusst sind, so die Ankündigung des Ministeriums.
14.04.2025	Außenminister Radosław Sikorski unterstreicht auf der Sitzung des EU-Außenministerrates, dass Russland im Gegensatz zur Ukraine keine Bereitschaft für einen Waffenstillstand und Friedensgespräche habe, was die verstärkten russischen Angriffe gegen die Ukraine, u. a. auf zivile Einrichtungen, offenbare. Ein dauerhafter Friede könne nur aus einer Position der Stärke erreicht werden, zeigt sich Sikorski überzeugt. Er ruft alle EU-Staaten auf, strategische Entscheidungen für die gemeinsame Sicherheit zu treffen, was auch die militärische Unterstützung der Ukraine und ihres EU-Beitrittsprozesses umfasse.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>